

UNIVERSITÄTSZEITUNG

24

ORGAN DER SED-PARTEILEITUNG



DER KARL-MARX-UNIVERSITÄT

LEIPZIG
17. 6. 1965
9. JG. / 33 603
15 PFENNIG

Sächsische
Landesbibliothek

23 JUNI 1965

Appell des Akademischen Senats an die Professoren der Universitäten und Hochschulen der Bundesrepublik **Zerstörung der Demokratie aufhalten!**

Mit wachsender Besorgnis verfolgen wir Hochschullehrer der Karl-Marx-Universität zu Leipzig, eingedenk der Mitverantwortung, die wir als Wissenschaftler und Erzieher der akademischen Jugend für die Gestaltung von Gegenwart und Zukunft der deutschen Nation tragen, wie eine verfassungswidrige Regierungspartei im Auftrage der aggressivsten Kreise in Staat, Bundeswehr und Wirtschaft die Notstandsgesetzgebung in der Bundesrepublik zur Perfektion zu bringen sucht. Wir meinen, hier droht sich eine Entwicklung zu vollenden, die so tief in das Leben unseres Volkes und jedes einzelnen eingreift, daß wir uns berechtigt und verpflichtet fühlen, öffentlich das Wort zu ergreifen.

Die Notstandsgesetzgebung in der Bundesrepublik zwingt nicht allein, sich der Erfahrungen zu erinnern, die das deutsche Volk mit Notstands- und Ermächtigungsgesetzen in der dunkelsten Zeit seiner Geschichte machen mußte. Sie gibt ersten Anlaß, die Aufhebung der parlamentarischen Demokratie und der noch verbliebenen demokratischen Rechte und Freiheiten der Bundesbürger, darunter auch der Freiheit der Wissenschaft, der Lehrfreiheit und des Grundrechtes auf freie Meinungsäußerung, zu befürchten.

Notstandsgesetze, Notstandsverfassungsgesetze sowie sogenannte einfache Notstandsgesetze, sind - und damit berühren sie das Leben aller Deutschen - im ersten darauf gerichtet, den Abbau der sozialen Rechte und politischen Freiheiten, die Militarisierung des gesamten öffentlichen Lebens mit der Konzeption der aggressiven Vorwärtsstrategie zu verbinden. Mit ihnen würde der Weg zur Verständigung zwischen beiden deutschen Staaten völlig versperrt, dann sie müssen zwangsläufig die Position jener unverantwortlichen und unberechenbaren Mächtegruppen in der Bundesrepublik stärken, die schon heute jede rationalistische Meinung, jede Verständigungsbereitschaft und oppositionelle Regung gegen die Politik der Atomaufrüstung auszuschalten suchen. Geschichtlichem Sinn, wachem politischen Blick und der Erfahrung im öffentlichen Leben kann es auch nicht verborgen bleiben, daß eine Bundesregierung und eine Bundeswehrführung, davon erblötet, Ziel die Revision der Ergebnisse des zweiten Weltkrieges ist, im Besitz der Diktatorvollmacht hier nicht stehenbleiben würde. Sie wären vielmehr durchaus fähig, entsprechend der Strategie des verdeckten Krieges ein atomares Inferno auf deutschem Boden auszulösen.

Angesichts dieser bedrohlichen, jeden friedliebenden Menschen beunruhigenden Erscheinungen, aber auch im Bewußtsein der Tatsache, daß große Teile der deutschen Intelligenz zweifellos im Laufe eines Jahrhunderts ihrem humanistischen Auftrag nicht gerecht wurden, möchten wir uns mit einem Appell zur Tat an Sie wenden, die Sie als Hochschullehrer nicht nur der akademischen Jugend, sondern auch der breiten Öffentlichkeit gegenüber zu einem Willen im Geiste des Humanismus und zur Förderung des Friedens verpflichtet sind.

Gerade in der jüngsten Zeit hat das politische Geschehen bewiesen, daß auch in der Bundesrepublik das Wort der Wissenschaft über die Hörle hinaus Gewicht hat. Der Appell von 215 Professoren an den Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes charakterisiert ein neues Verhältnis der Intelligenz zu den Werktätigen. Die gemeinsamen Aktionen der Arbeiterklasse und der Intelligenz haben das Gewissen Tausender um die Demokratie besorgter Bundesbürger aus allen Schichten der Bevölkerung wachgerufen und sie ermutigt, ihren Protest gegen den Abbau der Demokratie, gegen die Militarisierung des öffentlichen Lebens und gegen die Aggressionspolitik der Bundesregierung in Kundgebungen und Demonstrationen auszudrücken. Der Erfolg dieser einmütigen Handlung erfüllt uns - besonders im Blick auf die letzte Entscheidung des Parteivorstandes der SPD - mit Genugtuung. Zugleich aber meinen wir, daß ein nunmehr möglicher Aufschub der Verfassungsänderung bis zur folgenden Legislaturperiode des Bundestages die drohende Gefahr der Notstandsdeklaration noch nicht anbannt hat. Die Äußerungen prominenter Vertreter der Bundesregierung und der CDU-Bundestagsfraktion sowie halber Militärs beweisen dies.

Aus diesem Grunde drängt es uns, gerade jetzt an Sie zu appellieren. Sie mögen sich der Forderung des Juges nicht verschließen, sondern mit der ganzen Kraft ihrer Persönlichkeit, mit allen Ihnen zu Gebote stehenden Mitteln in Wort und Schrift die Fortführung einer Politik, die die Zerstörung der Demokratie in der Bundesrepublik zu vollenden strebt und den Frieden in Deutschland und Europa auf das äußerste gefährdet, entgegenzuwirken.

Leipzig, am 2. Juni 1965

Der Akademische Senat der Karl-Marx-Universität Leipzig

G. Müller
Prof. Dr. habil. Georg Müller, Rektor

brodelswald
Prof. Dr. phil. habil. Walter Ostchowski, stellvertretender des Rektors

Georg Mayer
Prof. Dr. Dr. h. c. Dr. h. c. Georg Mayer

Manfred Kossack
Prof. Dr. phil. habil. Manfred Kossack, Prorektor

Gerhard Dietrich
Prof. Dr. phil. habil. Gerhard Dietrich, Prorektor

Hubert Jassak
Hubert Jassak, Verwaltungsdirektor

Eberhard Brünig
Prof. Dr. phil. habil. Eberhard Brünig, Dekan der Philosophischen Fakultät

Artur Lische
Prof. Dr. phil. habil. Artur Lische, Dekan der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät

Curt Teismann
Prof. Dr. rer. pol. habil. Curt Teismann, Dekan der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät

Hans Bardike
Prof. Dr. Hans Bardike, Dekan der Theologischen Fakultät

Werner Leisner
Prof. Dr. med. vet. Werner Leisner, Dekan der Veterinärmedizinischen Fakultät

Siegfried Hauptmann
Prof. Dr. rer. nat. habil. Siegfried Hauptmann

Johannes Küttler
Prof. Dr. phil. Johannes Küttler, Direktor der Universitätsbibliothek

Ulrich Schneider
Ulrich Schneider, 1. Sekretär der FDJ-Kreisleitung der Karl-Marx-Universität

Guiseppino Crig
Prof. Dr. phil. habil. Guiseppino Crig, Direktor des Instituts für Pädagogik

Josef Klöpper
Dr. Josef Klöpper

Hans-Jurgen Böhm
Hans-Jurgen Böhm, Sekretär der SED-Parteileitung

Hermann Neitz
Prof. Dr. rer. nat. Hermann Neitz, Prorektor

Hans Mölle
Prof. Dr. phil. habil. Hans Mölle, Prorektor

Max Steinmoss
Prof. Dr. phil. habil. Max Steinmoss, Dekan der Philosophischen Fakultät

Franz Knipping
Dr. rer. pol. Franz Knipping, Amtierender Dekan der Fakultät für Journalismik

Gerhard Winkler
Prof. Dr. agr. habil. Gerhard Winkler, Dekan der Landwirtschaftlichen Fakultät

Rudolf Arzberger
Prof. Dr. jur. habil. Rudolf Arzberger, Dekan der Juristischen Fakultät

Georg Wildhirt
Prof. Dr. med. habil. Georg Wildhirt, Dekan der Medizinischen Fakultät

Lecher-Moster
Prof. Dr. phil. Lecher-Moster

Gerhard Müller
Prof. Dr. rer. oec. habil. Gerhard Müller, Vorsitzender der Universitätsratschulung

Johannes Rötter
Prof. Dr. phil. Johannes Rötter, Direktor des Herder-Instituts

Albrecht Seubert
Prof. Dr. phil. habil. Albrecht Seubert, Direktor des Herder-Instituts



In dieser und der nächsten Woche interviewen etwa 45 Journalistikstudenten verantwortliche staatliche Leiter, Lagerleiter, GST- sowie FDJ-Funktionäre usw. zum gegenwärtigen Stand der Vorbereitung des Leipziger Studentensommers 1965. Die Ergebnisse veröffentlichen wir in den nächsten Ausgaben.

Senatskonferenz über 1. Studienjahr

Der Akademische Senat führte am 9. Juni eine Konferenz über die Erfahrungen und Aufgaben bei der fachlichen Bildung und politisch-moralischen Erziehung der Studenten im 1. Studienjahr durch. Auf der Tagung, die Rektor Prof. Dr. Müller eröffnete, waren über 100 Teilnehmer - darunter Professoren und Hochschullehrer, Direktoren der Erweiterten Oberschulen und Betriebsberufsschulen sowie Studenten anwesend. Zweck der Konferenz war es, über die beim Studium der neuimmatrikulierten Studenten auftretenden hochschulpädagogischen Probleme zu diskutieren und Richtlinien für ein System von pädagogischen Maßnahmen zu formulieren, die den neuen Studenten den Übergang von der Hochschule zur Universität erleichtern. Damit war die von der Universität geleitete Konferenz Höhepunkt einer Reihe von Bemühungen, sich intensiver und in besonderer Weise mit dem ersten Studienjahr zu befassen, wie es bereits im Beschluß der Universitäts-Parteileitung vom 12. Oktober 1964 festgelegt ist.

Auf Leistungsstand und -voraussetzungen der Neuimmatrikulierten eingehend, sprach Prof. Dr. Ostchowski zu Problemen der Bilanzprüfungen. Er betonte die Bedeutung der einheitlichen Maßstäbe für die notwendige politisch-moralische Reife sowie die geistig-fachliche Entwicklung der Studienbewerber. Die Grundlage der verantwortungsvollen Arbeit der Zulassungskommissionen sind, das Prorektorat für Studienangelegenheiten muß die Orientierung geben, auf welche Grundfertigkeiten und Fähigkeiten es dabei ankommt.

Der Leistungsstand der Studenten des ersten Studienjahres gebe in gewissem Grade darüber Aufschluß, wie Lehrkörper und gesellschaftliche Organisationen es verstanden haben, den Studenten den Übergang von der Oberschule zur Hochschule zu erleichtern. Auch vorzeitige Absenke hätten vielfach ihre Ursache in einer (Fortsetzung auf Seite 3)

Rektor eröffnete Ausstellung

In Anwesenheit des Sekretärs der polnischen Botschaft in der DDR eröffnete der Rektor der Karl-Marx-Universität, Prof. Dr. Georg Müller, am vergangenen Sonnabend im Zentralmessensaal die Ausstellung „500 Jahre Jagiellonen-Universität Krakau“. Prof. Müller betonte in einer kurzen Ansprache die reiche gemeinsamen Traditionen der Gelehrten beider Universitäten, die heute besonders auf dem Gebiet der Landwirtschaftswissenschaften fortgeführt werden. Die Ausstellung über die Krakauer Universität ist bis zum 28. Juni täglich von 10 bis 18 Uhr geöffnet.